



# Leinenreiter

MITGLIEDERZEITUNG DES SPD-ORTSVEREINS RÜSSELSHEIM

## Vorwort Ortsvereinsvorstand



Olaf Kleinböhl

Ortsvereinsvorsitzender

### Berlin ist nicht nur „eine“ Reise wert

Auf Anregung unseres Bundestagsabgeordneten, Herrn Gerold Reichenbach bei dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, fuhr eine Gruppe von politisch Interessierten und auf den verschiedensten Bereichen ehrenamtlich Tätigen des Kreises Groß Gerau, für 4 Tage nach Berlin.

Zu Anfang wurde die Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen, die ehemalige Untersuchungshaftanstalt der Stasi, besichtigt. Der Führer, ein ehemaliger Insasse, zeigte und schilderte uns, wie menschenverachtend das System der DDR war. Die Menschen in der DDR lebten in ständiger Angst, da sie schon bei der geringsten Kritik an der Regierung, oder Kontaktaufnahme zum Westen, mit willkürlichen Strafen zu rechnen hatten. Gerade in Hohenschönhausen ließ man die Inhaftierten auf grausamste Weise ihre Ohnmacht gegenüber diesem „Arbeiter- und Bauernstaat“ spüren. Man hat sie physisch und psychisch gefoltert und erniedrigt.

Am 2. Tag im Bundesministerium des Innern ließen wir uns über die Funktion, den Aufbau und die Aufgaben dieser Behörde informieren. Ein Teil dieser Behörde ist immer noch in Bonn....

(Fortsetzung auf Seite 2)

Liebe Genossin, lieber Genosse,  
langsam aber sicher neigt sich der Sommer seinem langsamen Ende entgegen. Auch wenn der diesjährige Sommer bisher durchwachsen war, so gibt es dennoch einiges, was ihn auszeichnet. Die Adam Opel GmbH hat im Juli die Investoren präsentiert, die in den nächsten Jahren das sogenannte Altwerksareal umgestalten werden. Die Pläne und Vorstellungen der Investoren lassen einiges für die Stadt erhoffen. Sicherlich werden die beiden angedachten Automobilmuseen ein absoluter Anziehungspunkt für unsere Stadt werden. So werden dann endlich einmal die Besonderheiten und Raritäten von Opel zu sehen sein, die bisher bestenfalls in wechselnden Sonderausstellungen im Eingangsbereich des Hauptportals zu sehen gewesen sind. Aber auch die sonstigen Planungen mit Einkaufs-, Büro- und Wohnbereich versprechen wichtige Punkte in der Entwicklung unserer Stadt zu werden. Wichtig ist es jedoch, dass mit der Umgestaltung des Altwerks keine „Trutzburg“ entsteht, die sich von der bisherigen Innenstadt ab- und ausgrenzt. Die Gestaltung muss so durchlässig und offen wie möglich sein, um die Innenstadt nicht vom Altwerk abzuschneiden. Für diese Öffnung des Werks steht die Rüsselsheimer SPD.

Neben dem Verkauf des Altwerks stand auch in den letzten Monaten die Umsetzung der Studie „Rüsselsheim 2020“ weiter im Mittelpunkt des politischen Geschehens. In der letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause wurden die nächsten Schritte in der Umsetzung der Studie beschlossen. Die Fraktion hat sich mit der Studie seit Anfang des Jahres auseinandergesetzt und dazu Positionen erarbeitet.

Mit dem SPD-Sommerfest am Samstag, den 25. August wartet allerdings der eigentliche Höhepunkt auf uns. Das diesjährige Sommerfest wird erstmals auf dem Europaplatz in der Innenstadt stattfinden. Der Ortsvereinsvorstand hat sich für diesen Ort entschieden, um mit dem Fest die Rüsselsheimer Bürgerinnen und Bürger noch stärker anzusprechen, als es in der Vergangenheit auf dem Theaterplatz der Fall war. Eine Woche später – am 2. September – findet in der Stadthalle unsere Jahreshauptversammlung statt. Ich würde mich freuen, wenn ich dich zu dem Fest und der Mitgliederversammlung begrüßen darf.

In diesem Sinne wünsche ich dir viel Spaß beim Lesen!

In dieser Ausgabe:

Vorwort, „Berlin ist nicht nur „eine“ Reise wert“ .....	1
Nein! zum Flughafenausbau .....	2
Studie Rüsselsheim 2020 (Teil 2) .....	3
Wir unterstützen Renate.....	4
Jusos, AG60 + .....	5
Pflege, human und menschenwürdig.....	6
Königstädten, „Rüsselsheim ist nicht Montabaur“ .....	7
Leserbrief - Die neue „Linke“, Ankündigung, Termine, .....	8

## Berlin ist nicht nur „eine“ Reise wert

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Aufgaben dieses Ministeriums sind unter anderem: Innere Sicherheit, Organisation von Wahlen, die Beratung von religiösen Gruppen in Grundgesetzfragen, die Betreuung ehrenamtlicher Tätigkeiten, die Regelung des Spitzensports, Asylrecht und die Auswirkung der EU Gesetzgebung auf die deutschen Gesetze etc. Wie bei allen späteren Vorträgen entwickelte sich auch hier eine lebhaft Diskussions.

Nach dem Mittagessen wurden bei einem Informationsgespräch beim Sparkassen- und Giroverband, bei dem auch Gerold Reichenbach anwesend war, die ehrenamtlichen Tätigkeiten besonders gewürdigt. Neben den ursprünglichen Aufgaben der Sparkassen und Volksbanken, die jeweiligen Regionen wirtschaftlich zu fördern, unterstützen- und fördern sie seit einigen Jahren auch ehrenamtliche Tätigkeiten, in Sport, Kultur, Politik, Altenbetreuung usw.

Als nächstes besuchten wir das Reichstagsgebäude mit der einmalig konstruierten, sehenswerten Glaskuppel. Im Plenarsaal, in dem leider keine Sitzung statt fand, wurden wir über die Zusammensetzung und den Ablauf von Parlamentssitzungen, sowie das Zustandekommen von Gesetzen informiert. Gerold Reichenbach, der Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages ist, erläuterte speziell sein Aufgabengebiet, also innere Sicherheit und Katastrophenschutz. Auch er ging noch ein-

mal auf das Gesetzgebungsverfahren ein. Für Laien ist oft unverständlich, dass bei Parlamentsdebatten nur wenige Bundestagsabgeordnete anwesend sind. Gerold Reichenbach erklärte, dass die Hauptarbeit stets in den Ausschüssen geleistet wird. Dies ist die Arbeitsweise eines effektiven und wirkungsvollen Parlaments. Es gibt natürlich auch Abgeordnete, die sich gerne auf den vorderen Rängen platzieren, um im Aufnahmebereich der Fernsehkameras zu sein.

Am 3. Tag fand in der Bundeszentrale für politische Bildung das nächste In-



Berlin: Besuch im Willy-Brandt-Haus

formationsgespräch statt.

Hauptdiskussionspunkt war das zunehmende Desinteresse der Bürger an politischen Fragen, und die Tendenz, dass immer weniger Wahlberechtigte zur Urne gehen. Jüngere Teilnehmer aus unserer Gruppe kritisierten, dass ihre Lehrer auf dem Gebiet der politischen Bildung nicht das Optimale leisten. Für eine Demokratie ist die Beteiligung der Bürger eben lebens-

notwendig, wie z.B.: die ehrenamtliche Tätigkeit.

Im Willi-Brandt-Haus konnten wir die beeindruckende Statue von Willi Brandt bestaunen, und wurden anschließend noch von einem kompetenten Referenten über die geschichtliche Entwicklung der SPD in Deutschland und ihre derzeitigen Aufgaben unterrichtet. Er zeigte auf, dass die Arbeit der SPD in der Koalition nicht immer einfach ist, jedoch, entgegen der landläufigen Meinung, viele sozialdemokratische Vorstellungen bisher durchgesetzt werden konnten.

Als nächstes besuchten wir das Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Die Form dieser Gedenkstätte fand nicht bei allen Teilnehmern Anklang. In den Räumen unter dem Denkmal wurden anschaulich, durch Bilder und ausführlich dokumentierten Familiendramen die unfassbaren Gräueltaten der Nazidiktatur aufgezeigt.

Abends bei einer Schifffahrt auf der Spree konnten wir die renovierten Prunkbauten aus Kaisers Zeiten bewundern. Am letzten Tag, vor der Heimfahrt, hatten wir Gelegenheit, ein Bruchstück der „Mauer“ mit anschaulichen Bildern aus der DDR Zeit zu sehen. Insgesamt wurde die Fahrt von Jens Grode perfekt organisiert und war äußerst interessant und lehrreich.

## Ablehnende Haltung zum Flughafenausbau ist nicht verhandelbar

In jüngster Zeit gab es den Vorstoß einiger (auch sozialdemokratischer) Bürgermeister aus dem Umland, im Rahmen eines Anti-Lärm-Paktes auf eine Klage gegen den Flughafenausbau zu verzichten. Diese erhofften sich für Ihre Kommunen eine Minderung der Fluglärmbelastungen. Die Fraport AG und die Deutsche Flugsicherung hatten in Aussicht gestellt, dass man bei einem Klageverzicht die An- und Abflugrouten so optimieren würde, dass es zu weniger Belastungen kommen würde. Die Rüsselsheimer Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass bereits im Mediationsergebnis festgeschrieben wurde, dass der Ausbauwille alles für den Schutz der betroffenen Bevölkerung zu unternehmen habe und dies nicht verhandelbar ist. Von der Richtigkeit des Widerstandes gegen

die Fraport Pläne überzeugt, setzen sich die Rüsselsheimer Sozialdemokraten für ein solidarisches Vorgehen der Kommunen ein und wenden sich gegen Versuche einzelner Kommunen auf gegebenenfalls Kosten der Nachbarn sich Vorteile zu verschaffen.

Für Empörung sorgte darüber Hinaus der Vorschlag von Prof. Wörner dem Vorsitzenden des Regionalen Dialogforums auch nachts gut 15 Flugbewegungen zuzulassen, somit ist bereits heute schon der erste Schritt zur Aushebelung des Nachtflugverbotes unternommen worden. Dies bestärkt die Rüsselsheimer Sozialdemokraten sich auf keine Geschäfte mit der Fraport einzulassen. „Für uns ist die ablehnende Haltung zum Flughafenausbau nicht verhandelbar!“

„Im Willi-Brandt-Haus konnten wir die beeindruckende Statue von Willi Brandt bestaunen“

„Für uns ist die ablehnende Haltung zum Flughafenausbau nicht verhandelbar!“

## Rüsselsheim 2020 – Teil 2

In der ersten Ausgabe des Leinenreiters haben wir in groben Zügen die Inhalte der Studie Rüsselsheim 2020 vorgestellt. Weiter haben wir hingewiesen auf die aktuelle politische Beschlusslage in der Stadtverordnetenversammlung zur Umsetzung und auf die Aktivitäten der Fraktion der SPD zum Thema.

Zwischenzeitlich hat sich einiges getan. Gerade in den letzten Wochen wurde das öffentliche Interesse zu Recht gelenkt auf die gewaltige Investition, die ein Konsortium von 22 Investoren in Rüsselsheim anlegen will. Sie kaufen von Opel eine Fläche von ca. 100.000 qm aus dem Altwerksareal und wollen dort den Platz verwenden für eine Einkaufs-Mall, Ausstellungsräume für alte Automobile (u.a. Opel Classic), Büroräume, ein Hotel, Freizeitanlagen, etc. In der Presseerklärung der SPD Fraktion heißt es dazu:

„Rüsselsheim, du bist wer! Auch wenn du es selber nicht glauben kannst! Da kommen Investoren, die ihr Geld auch woanders hätten anlegen können und investieren es hier. Offensichtlich glauben sie an Rüsselsheim!“ So leitete der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herbert Schmidt, seine erste Stellungnahme zur Veröffentlichung der Pläne für den Verkauf von Teilen des Opelareals an eine Investorengruppe ein. „Dabei ist das Kapital doch eigentlich eher scheu und fürchtet Risiken und Gefahren. Wenn sich die Gruppe, der auch ortskundige Investoren angehören, dennoch dazu entschlossen hat in Rüsselsheim rund 240 Millionen Euro zu investieren, dann haben die Resultate ihrer Risikoanalyse anders ausgesehen, als uns mancher „Insider“ aus Rüsselsheim weiß machen will!“ Die SPD hat immer an die Zukunft dieser Stadt und an ihr Potenzial geglaubt. Es tut gut zu sehen, dass andere es

auch tun, die einen viel kühleren und nüchternen Blick auf die Sache haben!

Welche Anforderungen gibt es aus sozialdemokratischer Sicht an dieses Vorhaben? Es sind nicht viele. Dafür sind wir zu realistisch, was die politischen Einflussmöglichkeiten auf die Umsetzung einer solchen Investition angeht. Aber die, die wir haben, sind existentiell für die Bevölkerung und die Stadt.

Erstens: Das Neue, was entstehen soll, muss sich verbinden lassen mit dem, was existiert. Moderne und Tradition müssen zu einer Einheit verschmelzen sonst entstehen Brüche, die keiner Seite nützen. Dieser Anspruch gilt für alle Elemente, die entstehen sollen: Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Kultur und Freizeit. Eine Trennung z.B. der bisherigen Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt von dem neuen Zentrum hätte fatale Folgen. Dies gilt sowohl für eine räumliche Trennung aber vor allem für eine Trennung in Art und Qualität des Angebots.

Zweitens: Das, was entstehen soll, muss die Tatsache berücksichtigen, dass Rüsselsheim einen sehr hohen Anteil von Bürgern und Geschäftsleuten mit Migrationshintergrund hat. Eine Trennung in den Einkaufs- und Wohnbereichen zwischen neuen und alten Inländern und dies möglichst noch aufgeteilt in alter und neuer Innenstadt hätte katastrophale Folgen.

Drittens: Bei allen Entwicklungen muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Wohnbevölkerung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten durchschnittlich immer älter wird. Hier sind andere Anforderungen an das Einkaufen, das Warenangebot, die Möglichkeiten zum Verweilen, das Wohnen, etc. gefordert,

als sie jetzt gegeben sind.

„Eines muss klar sein“ fügte Schmidt abschließend hinzu, „diese Anforderungen gelten nicht nur für die neuen Investoren. Sie müssen auch zur Leitschnur derjenigen werden, die ihre bisherigen Aktivitäten mit denen der neuen Investoren verschmelzen wollen und sie sollen ebenso für die Politik gelten.“

Soweit die Presseerklärung zu dem Leuchtturmprojekt im Rahmen der Umsetzung der Resultate der Studie Rüsselsheim 2020.

Bereits in der letzten Ausgabe haben wir darauf hingewiesen, dass wir als Partei ein großes Interesse daran haben, die Umsetzung zusammen mit den Bürgern unserer Stadt zu diskutieren und zu vereinbaren. Der Ortsvereinsvorstand der SPD hat auf seiner Sitzung vom 28. Juni einstimmig den Beschluss gefasst, eine Veranstaltungsreihe durchzuführen. Zu den fünf Handlungsschwerpunkten der Studie (Innenstadt aufwerten, Wirtschaft fördern, Infrastruktur anpassen, Wohnen attraktiv gestalten und Freizeit und Kultur qualifizieren) sollen an fünf unterschiedlichen Orten in der Stadt Veranstaltungen durchgeführt werden. Starten wollen wir mit der ersten Veranstaltung am 6. September. (Siehe dazu die separaten Flugblätter und Plakate.) Die nächsten Veranstaltungen sollen im Abstand von 4 bis 5 Wochen folgen. Auf diesen Veranstaltungen wird die Partei ihre Positionen und Anforderungen an die Umsetzung der einzelnen Handlungsschwerpunkte und deren Aufgabenfelder vorstellen und zur Diskussion stellen. Dabei werden wir auch darlegen, welche Prioritäten wir warum wo gesetzt haben.

Wir erhoffen uns auf diesem Weg eine konstruktive aber auch kontroverse Diskussion mit den Bürgern. Es ist ein einmaliges Projekt für Rüsselsheim. Wir brauchen die hohe Übereinstimmung von Politik und Bürgern für diese Aufgabe. Dafür kämpfen wir – für Rüsselsheim!



*„Rüsselsheim,  
du bist wer!  
Auch wenn du  
es selber nicht  
glauben kannst!  
Da kommen  
Investoren, die  
ihr Geld auch  
woanders hätten  
anlegen können  
und investieren  
es hier.  
Offensichtlich  
glauben sie an  
Rüsselsheim!“*

## Wir unterstützen Renate Meixner-Römer

„Chancengleichheit heißt für mich, dass alle Kinder und Jugendliche das gleiche Recht auf Bildung haben.“

„Soziales Miteinander heißt alle Menschen in unserer Gesellschaft im Blick zu haben.“

„Gemeinsam mit euch will ich diesen Wahlkampf gestalten und gewinnen!“

Liebe Genossinnen und Genossen, der 27. Januar 2008 ist für uns alle ein richtungweisendes Datum, denn dann wird in Hessen ein neues Parlament gewählt. An diesem Tag will ich das Direktmandat für die SPD und unseren Wahlkreis gewinnen und damit sicherstellen, dass dieser auf Landesebene endlich wieder sozialdemokratisch vertreten ist.

Mehr noch: nach dem 27. Januar soll das Land Hessen wieder von Sozialdemokraten geführt werden, denn wir haben etwas Besseres verdient, als die derzeitige Regierung unter Roland Koch. Den so dringend benötigten Umschwung zu erreichen, das, liebe Genossinnen und Genossen, ist mein persönliches Ziel.

Es muss Schluss sein, mit der CDU-Politik, die soziale Kälte produziert und eine zunehmende, bewusste Spaltung der Gesellschaft nach Kräften fördert.

Während meiner langjährigen Arbeit in unserer Partei und in der Fraktion der Stadt in den verschiedensten Funktionen habe ich mich immer für sozialdemokratische Grundwerte stark gemacht:

Ich setze mich ein für:

1. Chancengleichheit
2. Soziale Gerechtigkeit und
3. Solidarität und eine zukunftsorientierte Politik.

Chancengleichheit heißt für mich, dass alle Kinder und Jugendliche das gleiche Recht auf Bildung haben. Dies ist in unserem derzeitigen Schulsystem aber nicht der Fall. Hier selektieren wir z.Zt. mehr Menschen, als wir sie entsprechend ihrer Fähigkeiten und Neigungen fördern. Es ist wichtig, dass Kinder länger gemeinsam lernen können. Deshalb mache ich mich stark für Ganztagschulen.

Wir brauchen die Ganztagschulen, um Schwächen und Defizite bei den Kindern ausgleichen zu können (Förderkonzepte für jedes einzelne Kind/Beratungen für Eltern), um präventiv arbeiten zu können (Schulsozialarbeit) und um Perspekti-

ven nach der Schule eröffnen zu können (Kooperationsformen zwischen Schulen und Ausbildungsverbänden und Handwerkskammern sind hier unerlässlich). Wir können es uns nicht erlauben, junge Menschen auf diesem Weg zu verlieren oder auf der Strecke zu lassen.

Ich bin gegen Studiengebühren.

Es kann nicht sein, dass die Möglichkeit eines Studiums vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Jeder, der ein Studium anstrebt, muss die Chance haben, dies auch zu realisieren. Es zahlt sich aus, wenn junge Menschen gut ausgebildet sind, einen Arbeitsplatz haben und später in vielfältiger Weise dann ihren Solidarbeitrag leisten können. Da der Bildungsanspruch nicht erst in der Schule beginnt, ist es wichtig, unsere Kindertagesstätten mit einzubeziehen; schon dort auf Qualität zu achten und die Arbeit in Kooperation mit der Schule zu gestalten. Hier ist das Land in der Verantwortung, es kann nicht sein, dass die Kommunen dies alleine schultern, denn zur Zeit erfolgt die Finanzierung in erster Linie auf kommunaler Ebene.

Soziales Miteinander heißt alle Menschen in unserer Gesellschaft im Blick zu haben. Und deshalb ist es wichtig, neben den jungen Menschen auch die Bedürfnisse und Belange der älteren Generation und die der Menschen mit Behinderungen im Auge zu haben. Wir stehen vor einem demographischen Wandel, der unser Handeln erfordert.

Ich will auf Landesebene dafür Sorge tragen, dass Kommunen in ihren Bemühungen unterstützt werden, den neuen Anforderungen gerecht werden zu können. Dazu gehört das Schaffen neuer Wohnformen, dazu gehört das Thema der Alten- und Krankenpflege und dazu gehört ganz sicher auch die Fragestellung, wie sich zukünftig die Zusammenarbeit von sozialen Verbänden und Institutionen gestalten wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Kommunen müssen sich täglich einer Vielzahl von Aufgaben stellen. Wir wollen, dass unsere Städte attraktiver werden, dass Innenstädte nicht veröden, dass kulturelle Angebote und Freizeitangebote vorhanden sind und dass es Arbeitsplätze und genügend Wohnfläche für die nächsten Generationen gibt. Es ist hier besonders wichtig, dass zur Verfügung stehende Landesmittel (Mittel zur sozialen Stadterneuerung) zum einen weiterhin bereitgestellt werden und zum anderen ungeschmälert an die Kommunen weitergegeben werden. Ich werde auf Landesebene dafür Sorge tragen, dass diese wichtige Arbeit fortgeführt werden kann. Starke Kommunen, die Entwicklungsmöglichkeiten haben, sind für mich die tragende Säule des Landes, deshalb gilt es diese besonders zu unterstützen.

Um den Städten und den Menschen in unserem Wahlkreis diese Zukunftsperspektive zu erhalten, spreche ich mich deutlich gegen den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens aus. Wir sind in unserer Region an der Grenze der Belastbarkeit angekommen. Siedlungsbeschränkungen und Lärmzunahme im unerträglichen Ausmaße sind Themen, mit denen wir uns heute schon beschäftigen müssen.

Hier lohnt es sich zu kämpfen! Starke Kommunen brauchen eine Verlässlichkeit in ihrer Finanzierung. Deshalb muss das Thema des kommunalen Finanzausgleichs aufgegriffen werden. Ideen, wie z.B. die Verstetigung einer Länderfinanzierung gibt es bereits von Seiten der SPD. Auch hier will ich mich als eure Landtagsabgeordnete für eine Veränderung im Sinne der Städte und Gemeinden einbringen. Es gibt für uns eine Menge zu tun. Gemeinsam mit euch will ich diesen Wahlkampf gestalten und gewinnen! Ich bin sicher, dass uns dies gelingen wird.

Für ein soziales, zukunftsorientiertes Hessen!

Eure Renate Meixner-Römer



## Jusos - Keine Spur von Politikverdrossenheit

Unsere Aktivitäten standen vor allem ganz im Zeichen des 1. Mai um der braunen Plage in Rüsselsheim Einhalt zu gebieten und ihnen möglichst wenig Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Für uns begann der 1. Mai bereits einige Tage vorher, als wir unserem SPD-Gründervater seine alljährliche Ganzkörperpflege zukommen ließen. Nach einer Stunde intensiver Pflege und körperlichen Höchstleistungen erstrahlte Ferdinand Lassalles Denkmal wieder in seinem gewohnten Antlitz und war bereit am 1. Mai den ewig Gestrigen standhaft entgegen zu treten.

Am Tag der Arbeit waren wir dann bereits früh morgens auf den Beinen. Ausgerüstet mit Juso-Fahnen und als lebende Plakat-Ständer machten wir uns auf den Weg um gemeinsam zu zeigen, dass in unserer Stadt kein Platz für Rassisten ist. Auf dem Rücken und vor der Brust ein Plakat mit dem Spruch „Alle Rassisten sind

Arschlöcher. Überall!“ und mit Trillerpfeife im Mund, begaben wir uns zuerst nach Raunheim. Nach zweistündigem Aufenthalt in Raunheim ging es wieder zurück in unsere Heimatstadt, um auch hier zusammen mit der Rüsselsheimer Bevölkerung und vielen Vereinen zu zeigen, was es bedeutet eine kulturelle Vielfalt zu leben und erleben.

Leider blieb diese Großveranstaltung nicht komplett friedlich. Manche Chaoten randalierten und rechtfertigten damit zumindest teilweise das massive Polizeiaufgebot. In den überregionalen Medien war leider nur von diesen Ausschreitungen die Rede und der friedliche Protest in der Innenstadt blieb vollkommen unerwähnt.

Es war wirklich bemerkenswert, dass auch sehr viele junge Menschen an diesem Tag den Weg in die Rüsselsheimer Innenstadt gefunden haben. Keine Spur von der häufig propagierter Politikverdrossenheit und Desin-

teresse der Jugend. Es wurde bis in den frühen Abend hinein gefeiert. Bei Kuchen, Würstchen, Livemusik und vielen Gesprächen geriet der bedauernde Anlass in den Hintergrund und man lebte den braunen Wirrköpfen vor, wie erfrischend und aufbauend eine aufgeschlossene, multikulturelle Gesellschaft sein kann.

Wir Jusos wünschen uns, dass es zukünftig an jedem ersten Mai einen Veranstaltungstag in der Rüsselsheimer Innenstadt geben sollte. Es hat sich gezeigt, dass die Innenstadt so belebt war wie selten. Dies sollte auch ohne das Auftauchen brauner Wirrköpfe möglich sein.



### ANSPRECHPARTNER JUSOS

Felix Krombholz  
Schwarzwaldstraße 26a  
Telefon: 06142-33362  
Email: felix.krombholz@gmx.de

## AG 60+ - Referat von Herrn Dr. T. Spies über die Gesundheitsreform

Zu diesem Thema konnte Jens Grode den Genossen und Landtagsabgeordneten Dr. Thomas Spies gewinnen. Thomas Spies hat Medizin studiert, war von 1993 - 1998 Arzt in der Intensivstation der Uniklinik Marburg und war zweitjüngster Direktkandidat der hessischen SPD 1998. Er ist Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokraten in Hessen. Die wesentlichen Veränderungen der Gesundheitsreform sind laut Thomas Spies:

- Alle Bürger sind in Zukunft versichert. Alle Krankenkassen, private als auch gesetzliche Krankenkassen, müssen ihre ehemaligen Mitglieder, ohne Gesundheitsprüfung, zu dem günstigsten Tarif, wieder aufnehmen.
- Alle Krankenkassen sind dazu verpflichtet in Zukunft die Kosten für alle notwendigen Impfungen zu übernehmen.
- Rehabilitationsmaßnahmen für

Rentner werden nun von den Kassen bezahlt.

d) Alle Kassen sind verpflichtet, die Kosten für notwendige palliative Maßnahmen zu übernehmen.

e) Die Zusammenarbeit zwischen Krankenhaus und Hausarzt wird verbessert.

f) Jeder Arzt erhält ein Budget von ca. 80.000 € im Monat. Sollte ein Arzt diese Kosten für Medikamente, aus berechtigten Gründen überschreiten, z.B.: für chronisch Kranke, oder lebensbedrohende Krankheiten seiner Patienten, muss er dies begründen. Er kann aber stets das geeignete Medikament verschreiben.

g) Die Honorierung der Ärzte wird in Zukunft neu geregelt. Die Landärzte sollen in Zukunft besser gestellt werden.

Die Betreuung in den Seniorenheimen ist selten optimal. Das Personal ist oft überfordert, und hat sehr wenig Zeit für die individuelle Betreu-

ung. Aus diesem Grund hat die AG 60plus Rüsselsheim einen Antrag auf Erhöhung der Leistung der Pflegeversicherung bei der SPD-Bezirkskonferenz der Arbeitsgemeinschaft 60plus von Hessen-Süd gestellt.

Für die einzigen sechs anwesenden Zuhörer von 60plus Rüsselsheim war es beschämend, dass ein solch kompetenter Mann vor fast leeren Stühlen sprechen musste. Diese Veranstaltung wurde sowohl in den Tageszeitungen, als auch in der ersten Ausgabe des Leinenreiters bekannt gegeben. Vorurteile kann man nur abbauen, wenn man sich von Fachleuten aufklären lässt.

*“Vorurteile kann man nur abbauen, wenn man sich von Fachleuten aufklären lässt.”*

### ANSPRECHPARTNER AG 60+

Wolfgang Bandt  
Fasanenstraße 18  
Telefon: 06142-57307  
Email: hewobandt@arcor.de

## Pflege, human und menschenwürdig

Am Freitag, den 29. Juni 2007 fand im Hotelrestaurant Adlerpalast eine Informations- und Gesprächsveranstaltung statt. Eingeladen hatte die Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus vom Unterbezirk Groß Gerau. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und unter den kompetenten Podiumsteilnehmer- und Teilnehmerinnen befand sich auch Klaus Fussek aus München, der von Funk und Fernsehen her bekannt ist. Er schilderte den Istzustand in der Bundesrepublik von Pflegebedürftigen. Im privaten Bereich sind immer weniger Angehörige bereit, diese Pflege zu übernehmen. Der Zustand in den deutschen Pflegeheimen gibt oft Anlass zur Kritik. Die Pflege ist auf das Notwendigste beschränkt, da das Personal überfordert ist und persönliche, individuelle Wünsche der zu Pflegenden so gut wie keine Berücksichtigung finden. Ein Händedruck, oder ein persönliches Gespräch ist in dem Patientenschlüssel nicht vorgesehen. Er sagte jedoch, dass es Heime gibt, die bei gleicher finanzieller Ausstattung, unterschiedlich betreuen. Als nächste Rednerin kam die Pflegedirektorin Sabine Sari vom GPR zu Wort: Sie beklagte einen bundesweiten Werteverfall und mangelnden Respekt vor älteren Menschen. Das Rüsselsheimer Pflegeheim hat ihrer Meinung nach den großen Vorteil, selbst Fachkräfte auszubilden, leidet deshalb nicht unter Fachkräftemangel. Es gibt bei der Heim- und ambulanten Pflege keine Versorgungslücke. Als erfreulich sah sie es an, dass sich viele junge Menschen für diesen Beruf bewerben.

Als dritte Rednerin kam Renate Meixner-Römer, unsere Landtagskandidatin, zu Wort.

Ihrer Vorstellung nach gehört zu einer humanen Pflege mehr als nur die medizinische Versorgung. Das Personal in den Heimen sollte unbedingt auf die die Ängste und Nöte der älteren Menschen eingehen können und müssen. Die Politik ist verantwortlich für die Rahmenbedingungen in den Heimen. Deshalb muss ein Mindeststandard für alle Heime in Gesetzesform gebunden werden, und finan-

zielle Mittel müssen gegebenenfalls umgeschichtet werden.

Anschließend sprach Stefan Hof, Fachreferent des Diakonischen Werkes Hessen Nassau. Er widersprach in einem Punkt Herrn Fussek. In den Heimen haben sich, seiner Meinung nach, in den letzten Jahren absolut Veränderungen und Verbesserungen vollzogen. Die Weiterbildung der Pflegekräfte, auch der Examinierten, die schon heute 50% des Pflegepersonals bilden, wird mehr gefördert. Es gibt heute immer mehr Einzelzimmer in den Heimen als früher. Er forderte auch, Hilfe und Unterstützung für die Pflegekräfte, die ihre Erlebnisse mit den Kranken- und Sterbenden verarbeiten müssen.

Herr Dr. Jürgen Richter, Geschäftsführer der AWO Frankfurt/Main ist Leiter von einigen Pflegeheimen, unter anderem von dem Pflegeheim in Mörfelden Walldorf. Seiner Meinung nach hat sich, im Gegensatz zu früher, viel geändert, z.B.: gibt es keine festgesetzten Besuchszeiten mehr. Er befürwortete das lebendige Altersheim, in dem keine Totenstille herrscht. Heime dürfen keine Verwahranstalten sein. Die Zeit des Pflegepersonals mit den Menschen hat Vorrang, und wird von den Pflegekräften lückenlos dokumentiert. Beschwerden, von allen Betroffenen werden ernst genommen und sind willkommen. Ein markanter Ausspruch von ihm war: „Doppelzimmer sind der Einstieg in den Ausstieg“. Menschen in Einzelzimmern leben länger, da sie noch eine Privatsphäre haben.

Dr. Carmen Everts, ebenfalls eine Landtagskandidatin und SPD Kreisvorsitzende, war die nächste Referentin. Sie vertritt die Ansicht, dass die Rahmenbedingungen bundesweit einheitlich geregelt sein müssten, dass dies aber durch die Föderalismusreform jetzt Ländersache ist. Ihrer Meinung nach muss die Privatsphäre der zu Pflegenden unbedingt geschützt werden. 70% der zu Pflegenden werden zu Hause betreut. Eine Pflegeberatung vor Ort, also eine Anlaufstelle, wäre wichtig. Bei dem Patientenschlüssel muss der humane Aspekt mehr an

Gewicht gewinnen.

Als letzter Referent kam Willi Leber, Vertreter der DAK, zu Wort. Er befürwortete die ambulante Pflege von älteren Menschen zu Hause, sowohl aus humanen, als auch finanziellen Gründen. Mittel für den ambulanten Bereich sollten bevorzugt aufgestockt werden. Sein Vorschlag war, dass die Rücklagen der Privatversicherungen mit in die Pflegeversicherung fließen sollten.

Moderator dieser Veranstaltung war Berndt Biewendt, bekannt aus Funk und Fernsehen, der die Informationsveranstaltung ruhig und souverän leitete.

Bei der anschließenden lebhaften Diskussion kristallisierten sich noch folgende gute, wichtige Erkenntnisse heraus:

- 1.) Der Pflegebegriff muss neu definiert werden.
  - 2.) Das Bewusstsein für die Einsamkeit und die Nöte älterer Menschen in unserer Gesellschaft muss geweckt, muss geschärft werden. Die älteren Menschen sollten wieder den Wert erlangen, der ihnen gebührt. Sie dürfen nicht alleine gelassen werden. Sie sind ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft.
- Leider interessiert sich der Normalbürger erst dann für das Problem der Altenpflege, wenn er persönlich betroffen ist.

Man sollte jedoch auf keinen Fall, Fehler oder falsche Behandlung in manchen Heimen, pauschalisieren. Generell stimmten die Referenten darin überein, dass für das Personal ständig Weiterbildung angeboten wird. Bemängelt wurde von vielen Diskussionsteilnehmern, die fehlende Zivilcourage, Mängel aufzuzeigen, nur so kann man durch konsequentes Handeln Verbesserungen erreichen. Wie wichtig Prävention, also vorbeugende Maßnahmen, sind, zeigt die Erkenntnis, dass wir ca. 70% weniger Pflegefälle in der BRD hätten, wenn mögliche und wesentlich kostengünstigere Maßnahmen frühzeitig zum Einsatz gekommen wären. Dieses Unterlassen betrifft alle Betroffenen.

*„Die Politik ist verantwortlich für die Rahmenbedingungen in den Heimen.“*

*„Heime dürfen keine Verwahranstalten sein. Die Zeit des Pflegepersonals mit den Menschen hat Vorrang“*

*„Die Privatsphäre der zu Pflegenden muss unbedingt geschützt werden.“*

## Königstädten - Unsere Bildung, unsere Zukunft

Seit den Vorstandswahlen plant der Distrikt eine Podiumsdiskussion in Königstädten zum Thema Haus der Bildung. Die Veranstaltung wird voraussichtlich Ende September stattfinden. Genaue Angaben sind der Tagespresse zu entnehmen.

Warum beschäftigt sich der Distrikt mit dem Thema Bildung, obwohl dies ein Landesthema ist?

Renate, als unsere Landtagskandidatin, hat aufgrund ihrer Tätigkeit als Schuldirektorin viel Erfahrung im Bereich der Bildung, sodass dies eines ihrer Paradethemen ist.

Da die Regierung Koch nur Murks auf diesem Sektor fabriziert, ist es unsere Aufgabe die Bevölkerung wachzurütteln.

Mit dem Haus der Bildung hat die SPD-Hessen ein Bildungsprogramm aus einem Guss geschaffen, welches vom Kindergarten bis zur Ausbildung bzw. Studium greift und eine echte Alternative zum bisherigen selektiven dreigliedrigen Schulsystem darstellt. Diese Programm gilt es der Bevölkerung näher zu bringen. Dieses Programm ist eine wunder-

bare Grundlage, mit der man weiterarbeiten kann.

Zur Illustration folgen nun einige Grundzüge des Hauses der Bildung. Als erster Baustein wird die frühkindliche Förderung gesehen. Der Kindergarten muss beitragsfrei und zu einer ersten festen Größe im Bildungsabschnitt werden. Hierzu muss die Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule ausgebaut werden.

Ein weiterer Baustein ist die echte Ganztagschule. Sie muss mit Vereinen zusammenarbeiten und ein Vollzeitprogramm anbieten, welches alle Bedürfnisse der verschiedenen Kinder und Jugendlichen anspricht. Hierbei ist ein Ausbau der Lehrstellenanzahl unumgänglich.

Der dritte Baustein greift hier ineinander und fordert das gemeinsame Lernen bis zur 10. Klasse. Es ist erwiesen, auch wenn es die Regierung Koch nicht wahrhaben will, das Kinder von Kindern besser lernen und somit die zunächst „schwächeren“ deutlich von den „Spitzenleuten“ profitieren können.

Der vierte Baustein sieht einen Wechsel in der Lehrerausbildung hin zu mehr Pädagogik und Praxis vor. Ferner müssen die Lehrpläne so überarbeitet werden, dass sie der Realität angepasst und mehr fächerübergreifend werden.

Der letzte Baustein beschäftigt sich mit der selbstorganisierten Schule. Jede Schule soll über ein ausreichendes Budget verfügen, welches sie schwerpunktweise selbstverwalten kann. Nur so ist die individuelle Förderung aller zu gewährleisten.

Dies war ein kleiner Überblick über das Konzept. Weitere, detaillierte Informationen findet man unter [www.wissenwollen.de](http://www.wissenwollen.de)

Packen wir es an, denn die Kinder sind unsere Zukunft!

### ANSPRECHPARTNER

Felix Krombholz  
Schwarzwaldstraße 26a  
Telefon: 06142-33362  
Email: [felix.krombholz@gmx.de](mailto:felix.krombholz@gmx.de)

*„Jede Schule soll über ein ausreichendes Budget verfügen, welches sie schwerpunktweise selbstverwalten kann.“*

## „Rüsselsheim ist nicht Montabaur“

„Die Rüsselsheimer CDU verabschiedet sich langsam aber sicher von ihrem Nein zur Flughafenerweiterung“, kommentiert der Rüsselsheimer SPD-Vorsitzende Olaf Kleinböhl einen Bericht der CDU, in der sie sich nach möglichen Kooperationen mit dem Flughafenbetreiber Fraport in Montabaur kundig gemacht hat. Für den SPD-Vorsitzenden ist damit klar, „dass die CDU die Interessen der Rüsselsheimer Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen eine Flughafenerweiterung ausgesprochen haben aufgibt und somit auf die Linie der Landesregierung um Ministerpräsident Roland Koch einschwenkt.“ Nach Auffassung der Rüsselsheimer SPD kann die Stadt Montabaur im Westerwald nicht als Beispiel für eine mögliche Kooperation mit der Fraport herangeführt werden. „Zu unterschiedlich sind die räumliche und geografische

Lage von Rüsselsheim und Montabaur. Während Rüsselsheim mitten im Einflugbereich des Flughafen liege und somit die Rüsselsheimer Bevölkerung massivst unter dem Einflug zu leiden hätte, sind die Voraussetzungen im Westerwald ganz anders zu bewerten. Unter solchen Bedingungen ist es leicht, in Kooperation mit dem Flughafen zu treten“, so Kleinböhl weiter. Neben diesem merkblichen Unterschied in der Lage ist es für die Rüsselsheimer SPD nicht nachvollziehbar, dass sich die CDU von ihrem ursprünglichen Nein zur Flughafenerweiterung schleichend verabschiedet. „Es müsste auch der Rüsselsheimer CDU klar sein, dass eine Flughafenerweiterung die Entwicklungsmöglichkeiten Rüsselsheims gewaltig einschnürt“, kritisiert der SPD-Vorsitzende das Vorgehen der CDU. Für die Rüsselsheimer SPD

geht es nach wie vor darum, die Flughafenerweiterung mit allen rechtlichen Mitteln zu verhindern, um die möglichen Entwicklungspotenziale der Stadt in Wohnbau und in der Ansiedlung von Gewerbe nicht zu beeinträchtigen. Olaf Kleinböhl bestätigt damit noch einmal das klare Nein der Rüsselsheimer Sozialdemokraten zum Ausbau des Flughafens und fordert den Magistrat auf, weiterhin die Interessen der Stadt auf rechtlichen Weg zu vertreten. „Ich bedauere es, dass sich die CDU heimlich von ihrer ursprünglichen Position abkehrt und sich immer deutlicher für eine Flughafenerweiterung stark macht. Da ist wohl wirklich sehr stark der Atem von Roland Koch im Nacken der Rüsselsheimer Christdemokraten zu spüren“, bewertet Kleinböhl abschließend das Vorgehen der CDU.

*„Olaf Kleinböhl bestätigt damit noch einmal das klare Nein der Rüsselsheimer Sozialdemokraten zum Ausbau des Flughafens“*

## Leserbrief - Die neue „Linke“

Lafontaine hat der sozialen Gerechtigkeit mit der Gründung einer neuen Partei einen Bärendienst erwiesen. Welch eine Logik! Er will die soziale Gerechtigkeit stärken, treibt einen Keil in die SPD und verspricht den Unzufriedenen das Blaue vom Himmel. Er kann und weiß, dass er das Versprochene nie halten kann. Zudem alle klassischen Parteien der Linken schon eine Absage erteilt haben. Lafontaine hatte in der SPD keine Chancen mehr. Nach seinem unrühmlichen und unwürdigen Abgang von seinem Amt als Finanzminister, war seine politische Laufbahn am Ende. Bei diesem Verhalten wäre z.B.: in jedem Spitzensport eine lebenslange Sperre verhängt worden. Leider fehlt in der Politik eine solche ethische Instanz. Deshalb muss man bei Oskar Lafontaine äußerst misstrauisch sein, denn ihn interessiert weniger das Umsetzen von sozialer

Gerechtigkeit, sondern vielmehr die Befriedigung seines gigantischen Machtstrebens.

Mit seinen populistischen Kampfreden will er den Leuten glauben machen, nur er würde gottgleich die absolute Wahrheit und Gerechtigkeit kennen. In einer demokratischen Partei ist es unmöglich, dass jedes Mitglied mit allen, durch Mehrheitsbeschluss zu Stande gekommenen Entscheidungen des Parteivorstandes einverstanden ist! Diese demokratische Einstellung fehlt ihm. Er hat es durch sein Verhalten fertig gebracht, die SPD mit Gerhard Schröder, der die Weichen für den jetzigen ökonomischen Aufschwung gestellt hat, bei der letzten Bundestagswahl um die Regierungsmehrheit zu bringen.

Kurt Schumacher, der erste SPD Vorsitzende nach dem 2. Weltkrieg, war schon ein entschiedener Geg-

ner von der Eingliederung der SPD in die damalige SED. Die PDS, als Nachfolgepartei der SED, hat sich nur, auf öffentlichen Druck, vor Jahren von dem diktatorischen und menschenunwürdigen Regime der DDR distanziert. Man muss sich nur vor Augen halten, wie viele Regimekritiker und Sozialdemokraten in den Haftanstalten der DDR willkürlich jahrelang inhaftiert und gefoltert worden sind. Auf die Frage an einen ehemaligen Insassen einer solchen Haftanstalt, wie er sich die hohe Zustimmung der Bremer Bevölkerung bei der letzten Landtagswahl für die Linken erkläre, kam folgende, eindeutige Antwort: „Die wissen nicht, was sie tun!“

(Wolfgang Bandt, 16.06.07)

## Ankündigung

Am 6. September findet eine Auftaktveranstaltung zu einer mehrteiligen Reihe zu der Studie Rüsselsheim 2020 statt. Ort und Uhrzeit sind der Tagespresse und den separaten Plakaten und Flyern zu entnehmen.

## Termine

Details zu den Veranstaltungen sind der Tagespresse zu entnehmen.

SPD Sommerfest, Europaplatz	25.08.2007 10:00 Uhr
Distrikt IV Flohmarkt, EKZ Haßloch-Nord	01.09.2007 09:00 Uhr
Tag der Ortsvereine, SPD-Haus Frankfurt	01.09.2007 10:00 Uhr
Mitgliederversammlung, Stadthalle	02.09.2007 09:30 Uhr

Mitgliederzeitung des SPD-Ortsverein Rüsselsheim

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

SPD-Ortsverein Rüsselsheim

Olaf Kleinböhl

Melanija Anlage 8

65428 Rüsselsheim

Fon: 06142 - 15461

E-Mail: Olaf.Kleinboehl@spd-ruesselsheim.de

Chefredakteur

Frank Tollkühn

Teufelsestr. 22

65428 Rüsselsheim

Fon: 0176 - 400 771 49

E-Mail: leinenreiter@spd-online.de

**Rüsselsheim  
ist unsere Stärke.**



Den "Leinenreiter" erhält jedes Mitglied des SPD-Ortsvereins Rüsselsheim.

Nachdruck nur nach vorheriger Genehmigung mit Quellenangabe.

Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen, sowie für Vervielfältigung auf CD-Rom.